REGION NORDSCHWARZWALD
Regionalverband

MITTEILUNGSVORLAGE 73/2016

Planungsausschuss öffentlich 07.12.2016

Betreff: **Bundesverkehrswegeplan BVWP 2030 (Kabinettsbeschluss vom 3. August 2016) und anstehende Ausbaugesetze des Bundes; Hier: Sachstand**

Bezug: Vorlage 59/2016

Mitteilung:
Das Bundeskabinett hat am 3. August 2016 den Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) beschlossen. Die Einstufung der Straßenbauprojekte aus der Region Nordschwarzwald in diesem BVWP 2030 wurde in der Sitzung des Planungsausschusses am 21. September thematisiert. Im BVWP nicht enthalten sind die Projekte „Ausbau der Schienenstrecke Karlsruhe-Pforzheim-Mühlacker-Vaihingen/Enz“ und „B 462 Tunnel Baiersbronn“; unbefriedigend ist die Einstufung der „Gäubahn“ Stuttgart-Zürich sowie des Straßenbauprojektes „B 294 OU Loßburg“. Zur Untermauerung der regionalen Forderung nach Aufstufung dieser Projekte in den aus dem BVWP 2030 entwickelten Ausbaugesetzen für Schiene und Straße wurde eine Resolution beschlossen, die umgehend an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur BMVI, Herrn Staatssekretär Norbert Barthle MdB sowie an die Bundestagsabgeordneten aus der Region mit der Bitte um Unterstützung gesandt wurde.

Über den Stand der Behandlung der genannten Projekte in den beiden zur Beschlussfassung (wohl Anfang Dezember) durch den Deutschen Bundestag anstehenden Ausbaugesetze für Schiene (Bundesschienenwegeausbaugesetz) und Straße (Fernstraßenausbaugesetz samt Fernstraßenbedarfsplan; vgl. Anlage) wird in der Sitzung mündlich berichtet.

Jürgen Kurz
Verbandsvorsitzender

Der Verbandsdirektor

Regionalverband Nordschwarzwald
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Datum:
17.11.2016

Unser Zeichen:
Ba

Anschrift:
Westliche Karl-Friedrich-Straße 29 – 31
D-75172 Pforzheim

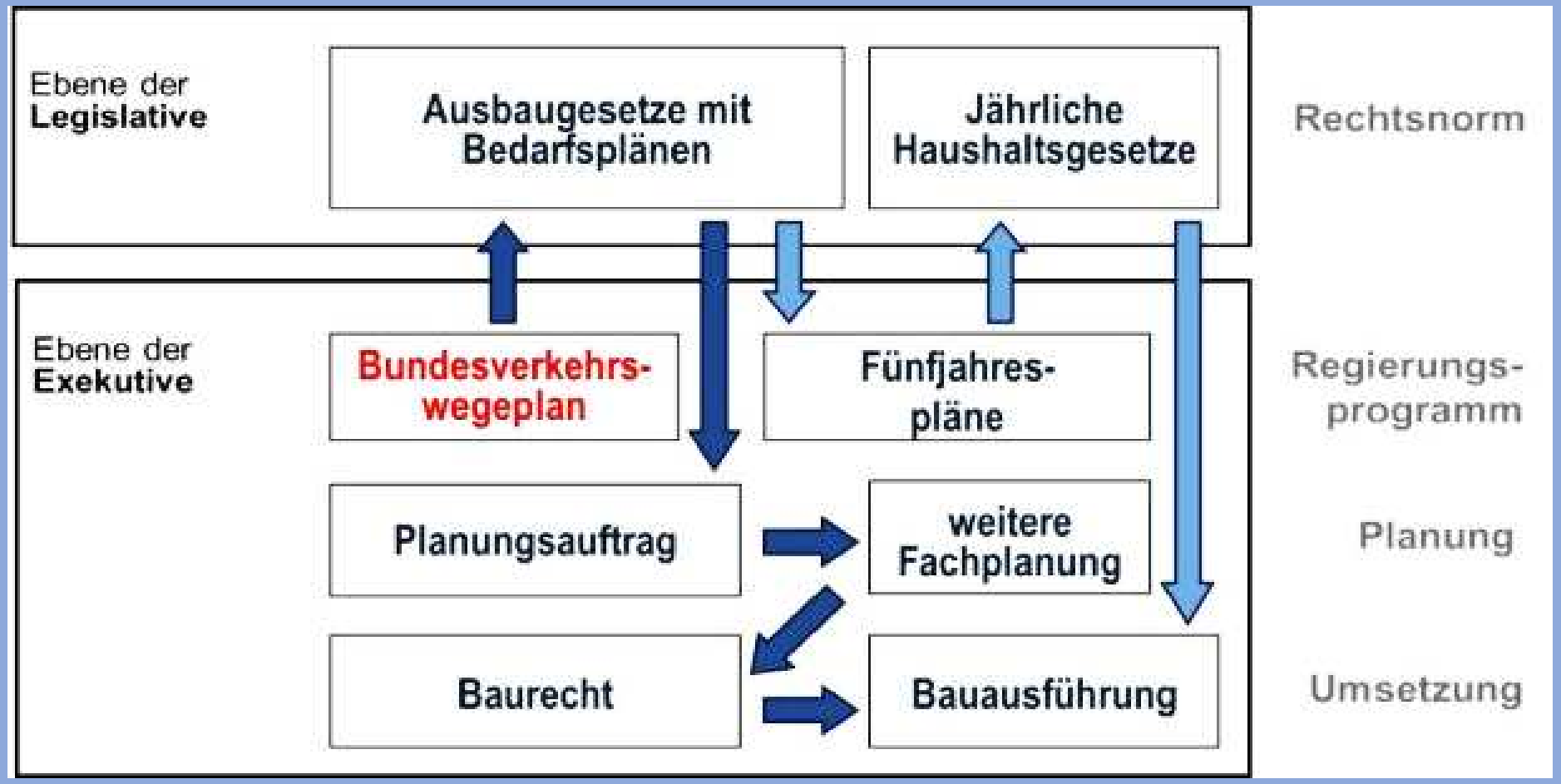
Telefon:
+49 7231 14784-0

Telefax:
+49 7231 14784-11

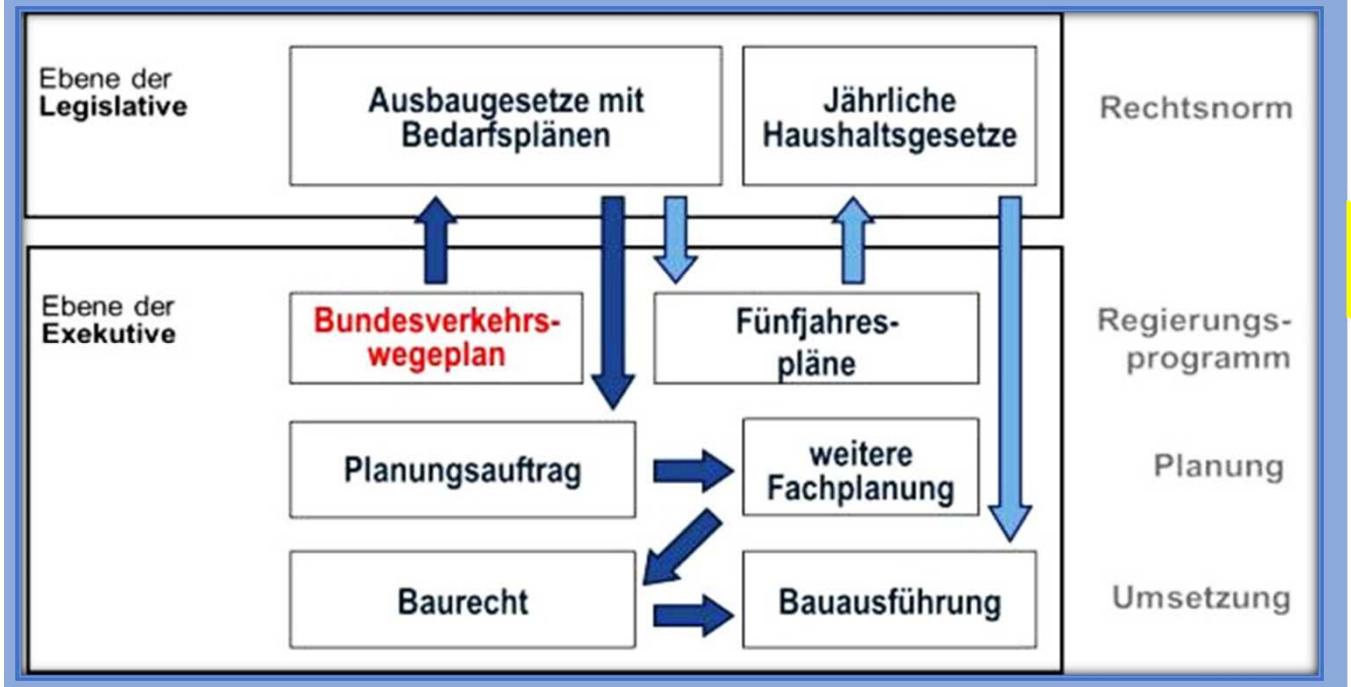
Homepage:
www.rvnsw.de

Verbandsvorsitzender
Bürgermeister a.D. Jürgen Kurz
Verbandsdirektor
N.N.
Bankverbindung
Sparkasse Pforzheim Calw
IBAN
DE24 6665 0085 0000 8220 35
BIC PZHSDE66

Planungssystematik Bundesfernstraßen



Planungssystematik Bundesfernstraßen



Ausgangspunkt ist der **Bundesverkehrswegeplan BVWP;**
→ füherer BVWP: 2003;
aktuelle Fassung: BVWP 2030, vom Kabinett beschlossen am 03.08.2016.

Mit dem Kabinettsentscheid über den BVWP erfolgt eine Willenserklärung über den Bedarf und die Dringlichkeit der Verkehrsprojekte aus Sicht der Regierung.

Erforderlich für die Umsetzung des BVWP ist jedoch die Verabschiedung eines Gesetzes durch das Parlament, den Bundestag, hier mittels Beschluss über das **Fernstraßen-Ausbaugesetz** samt dazugehörigem Fernstraßen-Bedarfsplan:

bisher:
→ **Fernstraßen-Ausbaugesetz** i.d.F. vom 20.01.2005 einschließlich des **Bundesfernstraßen-Bedarfsplans** vom 01.07.2004 als Anlage zu diesem Gesetz (→ erste Dringlichkeits-Einstufung).

Bis Dezember 2016 erfolgt derzeit die Fortschreibung und Änderung des FStrAusbG und des FStrBedPlans.

Der sogen. '**Fünfjahresplan**' wird heute "Investitionsrahmenplan für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur des Bundes", kurz "**IRP**", genannt; derzeit gilt der IRP 2011-2015 (→ konkretere Priorisierung).

Die **Planung** erfolgt durch die **Länder** in Auftragsverwaltung des Bundes; für die Bundesfernstraßen in der Region NSW durch das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 44 'Straßenplanung'.
Die Entscheidung über die Beauftragung von Planungsleistungen und den Einsatz der dafür erforderlichen finanziellen Mittel liegt bei den Ländern.
Nach der **Vorplanung** samt Baukostenschätzung durch das Land muss der Bund dazu einen 'Sichtvermerk' erteilen; erst danach erfolgt die **Planfeststellung** und die **Ausführungsplanung.**